

Der Reichsminister der Finanzen

F 4433 - 18 I C.

Es ist wiederholt beobachtet worden, daß Firmen Rechnungen mit Wertsicherungsklauseln einreichen. Wenn den Wertsicherungsklauseln auch nur in denjenigen Rechnungen Bedeutung zukommt, die als Auftragsbestätigung bezeichnet sind und von der Behörde als solche ohne Widerspruch angenommen werden, so ist doch die Verwendung der Wertsicherungsklauseln gegenüber Reichsbehörden aus grundsätzlichen Erwägungen in hohem Maße unerwünscht. Aufgabe aller öffentlichen Stellen muß es sein, das Vertrauen in die Währung zu stärken. Die Zulassung von Wertsicherungsklauseln auf Rechnungen von Firmen durch Reichsstellen kann indes den Eindruck erwecken, als hielten die amtlichen Stellen das hierin zum Ausdruck gebrachte Mißtrauen gegen die Stabilität der Währung für angebracht.

Ich weise daher sämtliche Beschaffungsstellen meines Geschäftsbereichs an, Rechnungen, Lieferscheine und Preisangebote, die mit Wertsicherungsklauseln versehen sind, zurückzuweisen. Für die Bekanntgabe dieses Erlasses an die in Frage kommenden nachgeordneten Stellen haben die einzelnen Abteilungen Sorge zu tragen.

In Vertretung des Staatssekretärs

gez. Dr. O l s c h e r

An die

Abteilungen I ,II und III

und die Unterabteilungen I B

I C, P II/III.

Vorstehende



Vorstehende Abschrift einer Anordnung für meinen Geschäftsbereich, in Zukunft Rechnungen pp. mit Wertsicherungsklauseln zurückzuweisen, übersende ich ergebenst zur gefälligen Kenntnis. Mit Rücksicht darauf, daß die Reichspost in den Bestimmungen, die in den Rundschreiben des Reichspostzentralamts über Preisverzeichnisse abgedruckt sind, bereits die Anordnung aufgenommen hat, derartige Rechnungen zurückzuweisen, erscheint es mir im Interesse eines einheitlichen Vorgehens sämtlicher Reichsstellen zweckmäßig, daß auch sämtliche übrigen Reichsstellen in gleichem Sinne verfahren. Ich beehre mich daher, die ergebene Bitte auszusprechen, auch für Ihren Geschäftsbereich eine gleiche Anweisung zu erlassen.

In Vertretung des Staatssekretärs

gez. Dr. O l s c h e r

An sämtliche obersten Reichsbehörden

Auswärtiges Amt

I A 1451.

Berlin, den 7. November 1932.

Abdruck zur Kenntnis und Beachtung

Archaeologisches Institut  
des Deutschen Reiches.

N<sup>o</sup> 1144/32.

An die Abteilungen des

Archaeologischen Institutes des Deutschen Reiches

in A T H E N.

*Abschrift*

mit der Bitte um Kenntnisnahme und künftige Beachtung.

Im Auftrage:

Berlin, den 17. November 1932

*Mieme*